

# Lübecker Volksbote.

## Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungssätze Nr. 4089a, 6. Nachtrag. Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., anzuwärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 39.

Sonntag den 15. Februar 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

### Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 13. Februar 1902.

Der Reichstag nahm heute den Postetat in Angriff. Der neue Postherr, Staatssekretär Kraetke, der zum ersten Mal den Etat im Hause zu vertreten hatte, fand freundliche Aufnahme auf allen Seiten. Es ist auch nicht zu verkennen, daß er sich bemüht, auf alle Fragen entgegenkommend zu antworten. Genosse Singer hatte eine Reihe von Mißständen zur Sprache zu bringen, darunter vor allem die unsoziale Verfüzung der Oberpostdirektion Hannover, die gerade in der Zeit der Arbeitslosigkeit alle Anträge auf Vermehrung der Beamten und Unterbeamten ablehnen will, ferner das Vorgehen des Leipziger Oberpostdirektors gegen das Petitionsrecht der Beamten. Ferner tabelte er das Ueberwachungs-system, das sich auf die privaten und wirtschaftlichen Verhältnisse der Unterbeamten erstreckt und die Einrichtung der gehobenen Stellen, die nicht nach Tüchtigkeit und Anciennität verliehen werden. Mit Nachdruck forderte er eine Aufbesserung der Gehälter.

Gerade auf den letzten Punkt ging Herr Kraetke nicht ein. Die Mehrheitsparteien haben nicht die geringste Lust, irgendwelche Aufbesserungen der Gehälter vorzunehmen. Die Bauern beneiden die kleinen Postbeamten um ihr sicheres Einkommen. Ja, diese Parteien denken daran, die Revisionen des Tarifs, die einige Verbilligungen haben, zurückzubehalten.

Auf weitere Beschwerden Singers ging Kraetke ein und erklärte, daß er das Petitionsrecht nicht beschränken und auch die hannoversche Verfügung nicht billigen könne. Dagegen hält er die Ueberwachung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Unterbeamten für geboten und auch auf das System der gehobenen Stellen will er nicht verzichten. Aus dem Reichen der bürgerlichen Parteien sprach eine große Anzahl Redner, die in der Hauptsache lokale Wünsche zur Sprache brachten. Der Antikemit Werner gab seiner Feindschaft gegen die Frauenarbeit im Postdienst Ausdruck. Herr Gamp opponierte gegen die Begünstigung der Großstädte durch die Post, während Herr Dr. Arndt die Noth der Landwirtschaft mit dem Postetat in Verbindung zu bringen mußte. Sehr ausführlich wurde über das schwarze Kabinett verhandelt, das die Engländer in Kapstadt errichtet haben und in dem auch Briefe, die aus Deutschland nach den englischen Kolonien gehen, geöffnet worden sein sollen. Herr Kraetke erklärte, daß gegen diese Vorgehen Beschwerde erhoben worden sei, die erfolgreich gewesen wäre. Aus Vorbehalt werden aber jetzt die deutschen Briefe nach den Kolonien in direkten Beuteln befördert. Genosse Albrecht trug noch Beschwerden über die Ueberlastung der Briefträger in Halle vor und eine Resolution wurde der Budgetkommission übergeben, die den Reichskanzler auffordert, den Postvertrag zwischen Württemberg und Reichspost mitzutheilen. — Morgen ist die Berathung weiter. Außerdem steht der Pensions- und das Reichsmilitärgericht auf der Tagesordnung.

142. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Freiherr v. Thielmann. Nach der Erledigung einiger Tagesgeschäfte wird die zweite Berathung des Etats beim Etat der Post- und Telegraphen-Berathung fortgesetzt.

Singer (SD.) Als im Jahre 1899 die Aenderung des Postgesetzes vorgenommen wurde, hat der Reichstag u. a. eine Resolution angenommen, die verlangte, daß die Geschäfts-papiere von Krankenkassen als Druck-sachen befördert werden. Der Herr Staatssekretär v. Bobbelski hat damals erklärt, daß auch Krankenkassen-papiere so zu behandeln seien. Wie aber zwei Verfügungen aus Berlin nach Berlin beweisen, werden Krankenkassen-papiere auch heute noch nicht als Druck-sachen behandelt. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, das Wort seines Vorgängers einzulösen und eine Verfügung zu erlassen, die nähere Forderungen erfüllt. Ferner hat die Oberpostdirektion Hannover eine Verfügung erlassen, die in der letzten Zeit der Arbeitslosigkeit sehr unangebracht erscheint. Sie ist verhängnisvoll, daß im Hinblick auf die finanzielle Lage größte Sparmaßnahme geboten sei und vor allem von Anträgen abgesehen werden solle, die auf Vermehrung des Beamtenpersonals abzielten. Das ist doch nur Unzufriedenheit unter den Beamten erzeugen. Der Herr Staatssekretär sollte doch dafür sorgen, daß ihm solche Erlasse der Oberpostdirektionen vorher mitgetheilt werden. Weiter ist mir bekannt geworden, daß im Oberpostdirektionbezirk Köln ein eigenartiges Ueberwachungs-system herrscht. Dort wird den nachzubehaltenden Stellen aufgegeben, die Beamten, die auf Grund ärztlicher Verordnung vom Dienste freibleiben müssen, zu fragen, ob sie sich wieder im Dienst werden wollen. Die Antwort kann natürlich nur „ja“ lauten. In letzter Zeit ist in mehreren Gerichtsverfahren festgestellt worden, daß Postunterbeamte durch gerichtlich-Verordnungen zur Unter-schlagungen verurteilt worden sind. Daran ist Anlaß zu einer Verfügung an die Postherren der Postämter genommen worden, worin ihnen aufgegeben wird, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Postunterbeamten genau zu prüfen und besonders nach möglichen Schulden zu fragen. Wahrscheinlich-würdig Antworten sollen entlassen nach sich ziehen. Das ist ein unehrenhaftes Spionagesystem. Die Frage nach Schulden ist in höheren Beamtenregionen gebräuchlicher, als in den unteren. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Zu

der schlechten Bezahlung der Unterbeamten soll nicht auch noch schlechte Behandlung treten. Uebste Bedenken muß auch die Einrichtung der sogenannten gehobenen Stellen erwecken. Diese Zulagen stehen im Belieben der Postamtsvorsteher und nicht der älteste oder der qualifizierteste Beamte wird damit bedacht, sondern nur das Strebertum großgezogen. Der Staatssekretär sollte eine Verfügung treffen, daß diese Zulagen nach der Anciennität und Tüchtigkeit zugesprochen werden. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Eine Aufbesserung der Gehälter der Postunterbeamten ist schon im Hinblick auf den drohenden Posttarif dringend notwendig, und ich hoffe, daß der Staatssekretär recht bald eine solche Vorlage einbringt. Auch gegen die Wohnungsnoth der kleinen Beamten muß etwas geschehen. Die Angelegenheit der Militär-anwärter ist durch Entscheidung des Reichsgerichts ja nun geregelt. In Hamburg haben 131 Postassistenten geklagt und ein obigesendes Urtheil erstritten. Ich aber, die sich bereit erklärt haben, die Klage zurückzuziehen, weil ihnen das Geld dazu fehlte oder weil sie sonst beeinträchtigt worden sind, haben nichts bekommen. Ich bitte den Staatssekretär, das moralische Recht dieser Leute auf Entschädigung anzuerkennen und entsprechende Anweisungen zu geben. Zum Schluß habe ich eine Beeinträchtigung des Petitionsrechtes von Postbeamten zur Sprache zu bringen. Die Leipziger Postbeamten wollten in Hinblick auf das kommende Servisgesetz um die Erhöhung der Servis-klassen für Leipzig petitioniren. Der Oberpostdirektor Köhler ließ den Petitionsausschuß zu sich kommen und sagte, er wünsche nicht, daß diese Petition abgelehnt würde, da er selbst seinen Einfluß zu Gunsten der Beamten aufwenden werde. Diese Petition bedeutet einen Mangel an Vertrauen zu ihm. Auf diesen indirekten Befehl des Oberpostdirektors hin unterließ die Abtheilung der Petition. Es liegt hier eine Unterdrückung des Petitionsrechtes der Beamten und eine Einschränkung des Rechtes des Reichstages vor. Der Reichstag ist auf Kenntnis der Petitionen angewiesen, um die Wünsche der Beamten kennen zu lernen. Was würden die Agrarier sagen, wenn man dem Bund der Landwirthe verwehren wollte, mit Petitionen an den Reichstag zu gehen. Ich hoffe, daß der Staatssekretär für den Schutz des Petitionsrechtes eintritt, und solche Uebergriffe der Vorgesetzten verhindert. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kraetke: Von dem Vorgehen der Direktion in Leipzig ist der Reichspostverwaltung nichts bekannt. Daß an die Militär-anwärter, die nicht geklagt haben, nicht gezahlt worden ist, ist ein Irrthum. — Was die Krankenkassen-papiere betrifft, so sagte Herr v. Bobbelski nur, daß diese wie Geschäfts-papiere behandelt werden sollen. Geschäfts-papiere unterliegen aber dem Minimalporto für Waarenproben und ich kann hierin keine Aenderung in Aussicht stellen. Die hannoversche Verfügung kann ich nicht billigen, auch nicht die aus Köln, diese entspringt aber der Erfahrung, daß Krankte oft dem Dienst länger als nötig fern bleiben. Den Erlaß aber, der die Amtsvorsteher anweist, sich um die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamten zu kümmern, muß ich völlig billigen, gerade dadurch verhütet man, daß sie zu sehr in Schulden verfallen und gewinnt ein Urtheil, ob sie eine Unterstützung benötigen. Die Klagen über ungerechte Avancements werden niemals aufhören, ein Examen kann aber da nicht helfen, da es hier vor allen Dingen auf Entschlußfähigkeit und Umsicht ankommt.

Präsident Graf Ballestrem verliest eine Resolution des Abg. Gröber (Z.), die den Reichskanzler ersucht, das Uebereinkommen zwischen der Reichspostverwaltung und der Kgl. württembergischen Postverwaltung betr. die Einheitsmarke vorzulegen und mitzutheilen, welche Wirkung dieses Uebereinkommen auf die in die Reichspost fließenden Einnahmen aus den Postgebühren hat. Das Haus beschließt auf Antrag Gröbers diese Resolution der Budgetkommission zur Vorberathung zu überweisen. Werner (Antik.) wendet sich gegen die weitere Einstellung von Damen in den Postdienst. Nothwendig ist eine Vermehrung der Postassistentenstellen und eine bessere Bezahlung derselben. Vor allem muß der Wohnungsgeldzuschuß erhöht werden.

Dr. Müller-Sagan (Zp.): In der Kommission haben die Bauern durch den Mund des Prinzen Arenberg ihre Meinung dahin geltend gemacht, daß es den Postassistenten heute schon ganz gut geht. Präsident Graf Ballestrem bittet im Interesse der Vertraulichkeit der Kommissionsverhandlungen, diese hier unter Namensnennung der Kommissionsmitglieder nicht vorzubringen. Dr. Müller-Sagan konstatirt, daß über Kommissionsverhandlungen seit Jahren schon öffentlich berichtet wird. Präsident Graf Ballestrem besteht auf seiner vorigen Behauptung. Dr. Müller-Sagan: Ich werde mich natürlich fügen, bedauere aber, daß keine entprechende Verfügung in der Geschäftsordnung enthalten ist. — Es ist ein großer Mißstand, daß noch keine direkte Postverbindung zwischen den Vororten Berlins besteht, sondern dieser Verkehr immer über Berlin geleitet wird. Auch wäre erwünscht, daß die Post solche Sendungen befördert, die nur an eine bestimmte Kategorie von Empfängern gerichtet sind, etwa „an alle Ärzte von Berlin.“ Auch sollte sich die Postverwaltung etwas mehr in den Dienst der Einheitszeit stellen. Aber auch über diese Einzelheiten hinaus sollte die Postverwaltung auf Fortschritt bedacht sein. (Beifall links.)

Dr. Haffke (Z): Es wäre wünschenswert, die erste Befestigung dadurch zu beschleunigen, daß man Druck-sachen von ihr aus-schließt. Ebenso sollten diese Sonntag nicht bestellt werden. Mit der angedachten Neu-revision der Tarife müssen wir noch warten, vorläufig sollten wir noch die finanziellen Wirkungen der Postverbilligungen erproben. — Das Petitionsrecht der Beamten muß unbedingt anerkannt werden. — Weiter muß ich fragen, ob die Behauptung des englischen Staatssekretärs des Aushern zutrifft, daß sich die deutsche Regierung nicht beschweren habe, daß Briefe, die von Deutschland nach Ostafrika gehen, in Kapstadt geöffnet werden. Auch sollen durch englische Spionage Briefe aus Holland, die über Hamburg nach Ostafrika gehen, nicht befördert werden. Ich möchte die Aufmerksamkeit der Reichspostverwaltung auf diese Dinge lenken. Staatssekretär Kraetke: Als im Jahre 1900 deutsche Briefe

geöffnet wurden, bedauerte die englische Regierung diesen Fall. Jetzt werden zur Beförderung nach den Kolonien geschlossene Beutel verwendet, die sind nicht von der englischen Verwaltung geöffnet worden. — In großen Städten können Druck-sachen von der ersten Befestigung angenommen werden. Inhaber von verschließbaren Briefkästen (letter-boxes) können Sonntags bis Mittag Sendungen in Empfang nehmen. Den Wünschen auf Behandlung von Massen-drucksachen kann die Postverwaltung nicht entsprechen.

Dr. Arndt (Zp.): Wie sind Fälle bekannt, wo Briefe aus deutschen Kolonien, die nach neutralen Ländern gingen, von England geöffnet wurden, dagegen müssen wir energisch protestiren. — Auch wir wünschen, daß die Kommissionsverhandlungen vertraulich behandelt werden und daß man dies auch auf die Zeitungen an-dehnt.

Albrecht (SD): In der Behandlung der Geschäfts-papiere liegt keine einheitliche Behandlung seitens der einzelnen Postämter vor. — Ich bitte den Herrn Staatssekretär, in der Ueberlastung der Briefträger im Postamt II in Halle Abhilfe zu schaffen. Die Stadt Herzgerode ist durch die Neu-eintheilung der Postbezirke sehr geschädigt. Auch braucht sie dringend ein Postamt zweiter Klasse.

Eichhoff (Zp.): Bei Gelegenheit des Tropf-Erlasses haben Herr Müller-Sagan und Herr Richter ausführlich über Kommissionsverhandlungen berichtet. Dem Wunsche der Postbeamten, sich „Postreferendare“ und „Postassistenten“ zu nennen sollte man doch nachkommen. Den Sekretären, die das Verwaltungsgesamte nicht bestanden haben, sollte man doch eine bessere Stellung einräumen. Die Abänderung der Dienstverhältnisse für Assistenten begrüße ich mit Freuden. Daß bei den „gehobenen Stellen“ das Alter berücksichtigt werden soll, ist sehr zu wünschen. Auch die Wohnungsgeldzuschüsse sollen erhöht werden. Ich erwarte, daß der künftige Staatssekretär die noch bestehenden Mißstände abstellt. (Bravo! links.)

Gamp (Zp.): Das platte Land wird namentlich Berlin gegenüber sehr belastet. Für gewisse Orte des platten Landes sind Wohnungszuschüsse dringend nötig. Wenn Herr Eichhoff so große postfaktische Kenntnisse hat, so bedauere ich nur, daß die Reichspostverwaltung auf seine Dienste an einer höheren Stelle hat verzichten müssen. (Hoi! links.)

Dasbach (Z) wünscht Wohnungsgeldzuschüsse besonders für die Berliner Postämter.

Dr. Träger (Zp.): Mit der Aufbesserung der Postbeamtengehälter wollen wir nicht warten, bis die Finanzlage besser wird. Die Briefbeförderung zwischen Charlottenburg und Berlin ist ganz unangenehm; ein Brief, den man abends nach Königsberg i. Pr. aufgibt, kommt früher hier, als ein zur selben Zeit abgeschickter nach Berlin. Redner wünscht, daß das Militär-jahr auf die Besoldungslisten-jahre angerechnet werde und befragt, daß Postassistenten bei der Zulassung zum Referendariat als Studierender behandelt werden.

v. Treuenfels (Z) wünscht Aufbesserung der Wohnungs-verhältnisse der Postbeamten auf dem Lande.

Staatssekretär Kraetke sagt diese zu Er giebt zu, daß eventuell ein Brief früher von Charlottenburg nach Königsberg i. Pr. als nach Berlin kommen könne. Doch bestehen sehr viele Verbindungen nach Berlin.

Hell (Zp.) bringt postfaktische Mißstände aus Rathenow und Saarbrücken vor und verlangt Briefmarkenverkauf durch Händler.

Staatssekretär Kraetke sagt, daß dies nach § 9 des Postgesetzes unmöglich ist. Dem Abg. Albrecht erwidere ich, daß es bei den Millionen von Druck-sachen wohl vorkommen kann, daß auch Krankenkassen-papiere als Druck-sachen durchgehen; allgemein erlaubt ist es nicht.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgg. Müller-Sagan und Prinz Arenberg verläßt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. (Tagesordnung: Abgeordneter Pensionsfonds und Reichsmilitärgericht. Fortsetzung der Postetatberathung.)

### Politische Nachrichten.

Deutschland.

Parlamentarisches. Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß Donnerstag, die Wahl des Abg. Gothein von der Freisinnigen Vereinigung (Greifswald-Grünnen) für gültig zu erklären. Zu der vom Plenum an die Kommission zurückgewiesenen Wahl des national-liberalen Abg. Sieg (III. Bezirk Marienwerder) sind neue amtserichterliche Erhebungen eingegangen, auf Grund deren die Kommission neue Zeugenvernehmungen beschloß. — Die Kommission des Reichstags für das Braunweinsteuergesetz hat Mittwoch die Generaldebatte beendet und Donnerstag mit der Spezialberathung begonnen. — Die Budgetkommission des Reichstages bewilligte an einmaligen ordentlichen Ausgaben des Postetats die ersten Raten für Postdienstbauten in Bad Nauheim, Barmen-Unterbarmen, für ein neues Lagerhaus der Telegraphen-apparatwerkstatt in Berlin, für ein neues Fernsprechdienstgebäude in Berlin, für neue Postdienstbauten in Diefeld und Chemnitz. — Die zur Vorberathung des Antrages Wasser-mann auf Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte eingelegte Reichstagskommission beschloß Donnerstag, die Berathungen auszusetzen, bis der von der Regierung in Aussicht gestellte Entwurf vorliegt. Die nächste Sitzung der Kommission wird also erst nach Ostern stattfinden. Die Zolltariffkommission des Reichstages beriet Donnerstag weiter den § 12, wonach der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes dem Bundesrath vorbehalten bleibt. Der Abgeordnete Spahn unterstützt vom Zentrum, den Konservativen und National-liberalen beantragt statt dessen: Das Gesetz soll an einem durch kaiser-

Nach Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths fest-  
zusetzenden Tage spätestens am ersten Januar 1905 in  
Kraft treten. Dieser Antrag wurde von den sozialdemo-  
kratischen und freisinnigen Mitgliedern und dem Abgeordneten  
Beumer (N.) bekämpft. In der längeren Debatte, die sich  
hauptsächlich um die Erneuerung der Handelsverträge drehte,  
erklärte Graf Posadowsky zweimal den Antrag für  
unannehmbar. Seine weiteren Ausführungen aber  
sollen geheimgehalten werden. Staatssekretär v. Rich-  
thofen erklärte, daß sofort nach dem Zustandekommen des  
Holltarifs mit den fremden Staaten verhandelt werden  
sollte. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht. — Der  
freisinnige Abg. Gothein brachte zwei weitere Anträge  
ein auf Veranstaltung von parlamentarischen  
Enquetes, und zwar eine über die Wirkung der  
Lebensmittelzölle auf die Ernährungsverhältnisse und über  
die Wirkung der Lebensmittel- und Materialzölle auf die  
Produktionsbedingungen, die Wirkung der Schutzzölle auf die  
Bildung von Syndikaten und Trusts, über die Schädigung  
der weiter verarbeitenden Industrien durch Kartelle für  
Halbfabrikate, über die durch Schutzzölle bewirkte Konzen-  
tration verschiedener Betriebszweige in einem Unternehmen  
und über den damit geschaffenen Anreiz.

**Zum Kampf um den Zolltarif.** Eine bemerkens-  
werte Rede hielt am Sonntag der nationalliberale Reichs-  
tagsabgeordnete Franken in Eitel bei Bochum. Der  
„Rhein-Westf. Ztg.“ wird darüber mitgeteilt:

Reichstagsabgeordneter Franken legte in ausführlicher Weise  
die Stellungnahme der Partei an den einzelnen brennenden  
Fragen der Gegenwart dar. Die nationalliberale Partei  
sich bei der Zolltarifvorlage auf den Boden der Regie-  
rungsvorlage und sei gegen den höheren Zoll. Er werde sogar  
für die Herabsetzung des Zolles auf Hafer und  
Weizen bis 4 Mk. eintreten. Die Regierung werde hierzu im  
Interesse des Zustandekommens der Vorlage ihre Bewilligung  
geben, wie eine auf der Spitze der verbündeten  
Regierungen stehende Persönlichkeit ihm gegen-  
über angeboten habe. Das Zentrum werde hoffentlich noch  
einsehen, daß es sich auf den Boden der Regierungsvorlage stellen  
müsse, wenn nicht diese scheitern solle.

Der Hafenzoll beträgt im Maximaltarif 6, im Minimal-  
tarif 5 Mk. Die nationalliberale Partei ist in Bezug auf  
die Zollsätze bekanntlich nicht einig, wie schon das Auftreten  
des „auch“ nationalliberalen Abg. Hehl beweist. Der  
Vertreter des „Deutschen Tagesztg.“ macht die Nachricht aber-  
doch einige Vorkommnisse, und sie erwartet, daß dem Abg.  
Franken Gelegenheit gegeben wird, näher zu erklären, welche  
„an der Spitze der verbündeten Regierungen stehende Persön-  
lichkeit“ ihm jene Andeutung gemacht habe.

**Die englische Antwort auf den Antrag des  
deutschen Burenhilfsbundes** ist nunmehr eingetroffen  
und vom Staatssekretär Frhr. von Richthofen Donnerstag  
im preussischen Abgeordnetenhaus verlesen  
worden. Die Antwort lautet, wie zu erwarten war, ab-  
lehnen d. Die englische Regierung bedauert, die Absendung  
einer deutschen Hilfs- und Sanitätsexpedition nach den Kon-  
zentrationslagern nicht gestatten zu können, weil eine solche  
Erlaubnis sowohl Engländern wie Ausländern mehrfach be-  
reits abgelehnt worden sei. Ebenso bedauern Chamber-  
lain und Konjorten, finanzielle Hilfe für die Buren in den  
Konzentrationslagern nicht befürworten zu können, da die-  
selbe ohne Nutzen sein würde. Lebensmittel, Kleidung usw.  
würden dagegen annehmbar sein. Für die Art und Weise,  
wie diese behufs Vertheilung am besten an ihre Bestimmung  
gelangen können, sollen noch weitere Mittheilungen er-  
folgen.

**Die Trebertrofnungsaffäre vor Gericht.** Nach  
zehntägiger Verhandlung — die letzten Tage wurden zumeist  
durch Vorlesung von Briefen und Vernetzung von Sach-  
verständigen angefüllt — wurde Donnerstag die Beweisauf-  
nahme vom Kasseler Gericht geschlossen, nach-  
dem es nicht möglich gewesen ist, den Zeugen Schmidt noch  
herbeizuschaffen. Der Staatsanwalt Dr. Mantel hielt in  
seinem Plaidoyer die Angeklagten der Theilnahme an  
den Verhinderungen für schuldig i. im Geschäftsbereich,  
2. in den Verträgen mit der „caisse commerciale“,  
3. im Acceptverkehr im März 1899. Weiter beschuldigte er  
sie der Untreue, dagegen ließ er die Anklage betrügerischer  
Einwirkung auf die Vorstände der Aktien fallen. Er be-  
antragte: Gegen Hermann Sumpff 2 Jahre Gefängnis und  
50 000 Mark Geldstrafe, gegen Schlegel und Otto je 1 1/2  
Jahre und 5000 Mark, gegen Arnold Sumpff 1 Jahr und  
3000 Mark, gegen Schulze-Dellwig 6 Monate und 3000 Mk.  
Die Verteidiger suchten jämmtlich den Nachweis zu führen,  
daß die Angeklagten im guten Glauben gehandelt haben und  
beantragten deren Freisprechung, ev. niedrige Geldstrafe  
bzw. Anrechnung der Untersuchungshaft auf die Freiheits-  
strafen. Um 8 Uhr wurde die Verhandlung auf Freitag  
Mittag vertagt.

**Die Zittauer Bräuwirtschaft vor Gericht.** Vor  
dem Kriegsgericht der 1. sächsischen Division Nr. 23 in  
Dresden hatte sich Donnerstag der Leutnant Wal-  
ter Rose vom Zittauer Infanterie-Regiment Nr. 102  
wegen Körperverletzung zu verantworten. Der  
angeklagte Offizier war, wie wir i. Zt. gemeldet haben, am  
Nachmittag des 19. Januar, einem Sonntag, in der Woh-  
nung des Kanjannus Richard Häbler in Zittau erschienen,  
um diesen für eine ihm, Rose, in einem öffentlichen Lokale  
zugefügte thätliche Beleidigung zu züchtigen. Rose zog seinen  
Degen und hieb auf den unbewaffneten Häbler ein. Dessen  
Gehalt es, nachdem er einige Schläge über Kopf und Arme  
erhalten hatte, den Säbel mit beiden Händen zu ergreifen  
und den Aggressor in eine Ecke des Zimmers zu drücken.  
Zwischen hatte die 13jährige Tochter des Häbler Haus-  
bewohner alarmirt und diese die Polizei gerufen. In der  
darauf erfolgten öffentlichen Verhandlung des Kriegsgerichts  
zu Dresden gegen den Leutnant Rose wurde derselbe wegen  
Hausfriedensbruchs, Körperverletzung und Mißbrauch der  
Dienstwaffe zu drei Monaten Gefängnis ver-  
urtheilt. — Wie lange wird die Begnadigung auf sich warten  
lassen?

**Neue politische Nachrichten.** Bei der Reichstags-  
erziehung in Eising-Marienburg an Stelle von  
Pantauer-Baum können sich die Konserverativen über die  
Kandidatur nicht einigen. Der Eisinger konservativen  
Bauern erklärte sich für die Reichstagskandidatur des Fürsten zu  
Dohna-Schlöditz, während man in Marienburg an dem Kandidat  
Fürst v. Orlow-Schwarzenberg festhalten will. Die Wahl findet  
demnach am 3. April statt. — Zur Ausführung des  
Fleischschneidegesetzes hat der Bundesrath in seiner  
Sitzung am Donnerstag den Ausschussbericht gesamt über den  
Entwurf einer Fleischschneidung, betreffend geschlachtete Schweine

tänische Fische zu Fleisch und dessen Zubereitungen und den  
Entwurf einer Verordnung wegen theilweiser Aufhebung des  
Fleischschneidegesetzes. — Der preussische Handelsminister hat über den  
Anfang der Befugnisse und Verpflichtungen, sowie über den Ge-  
schäftsbetrieb der Stellenvermittler für Bahneuan-  
gehörige eine Reihe von Vorschriften erlassen, die mit dem  
1. April 1902 in Kraft treten. — Eine Uebersicht über die Zahl  
der vorhandenen Kriegsinvaliden ist im Reichstage er-  
schienen. Für das ganze deutsche Reich stellen sich die Zahlen wie  
folgt dar: 2552 Offiziere (Durchschnittsalter 61 Jahre), 46 465  
Unteroffiziere und G. m. n. (Durchschnittsalter 57 Jahre.) Die  
kaiserliche Marine weist an kriegsinvaliden Offizieren und Offi-  
zierskandidaten 4 auf, bei einem Durchschnittsalter von 64 Jahren, an  
Unteroffizieren und Gemeinen 17 (Durchschnittsalter 59 Jahre). —  
Der China-Freiwillige Luowig Freihof aus Nien-  
heim bei Sandau, der, wie berichtet, wegen militärischen  
Ausfalls zum Tode verurtheilt wurde, hat seinen Eltern  
in einem Briefe mitgeteilt, daß die Strafe in eine acht-  
jährige Zuchthausstrafe umgewandelt wurde. —  
Ueber 1000 in städtischen Betrieben beschäftigte  
Arbeiter und Unterangestellte der Stadt Berlin hielten  
am Mittwoch Abend im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab.  
Der Abg. Vollenbrunn sprach über den Zolltarif und seine Be-  
deutung für die städtischen Arbeiter. Im Sinne des Vortragenden  
wurde ein Protest gegen die Erhöhung des Zolltarifs eingebracht.  
— Die in dem Zeugniszwangsverfahren gegen den Re-  
dakteur Schrott in Holzminde verhängte Geldstrafe ist auf  
seine Beschwerde aufgehoben worden; die Kosten sind der  
Staatskasse auferlegt. — 800 italienische Post- und  
Telegraphen-Beamten bildeten eine „Schuliga“ und  
wählten unseren Genossen Ercoli zum Präsidenten. — Im Berg-  
werk der metallurgischen Gesellschaft im Donngebiete (Rußland)  
erfolgte eine Explosion, wobei mehrere Personen ge-  
tödtet und zahlreiche verwundet wurden. — Wegen politischer  
Motiv geriethen vor der Woche in Sanssouci (Posen)  
Türken und Serben in einen Massenkampf, wobei drei Serben ge-  
tödtet und auf beiden Seiten zahlreiche Personen verwundet wurden.  
— In San Fernando (Spanien) ist es zu Unruhen ge-  
kommen. Die Salzarbeiter plündernten Läden und zerstörten Woh-  
nungen, sodaß der Alcalde (Bürgermeister) militärische Hilfe er-  
biten mußte. — Einen nicht unbedeutenden Seeieg haben die  
venezolanischen Aufständischen errungen. Nach einem  
Telegramm aus Willemstad ist dort die von Bord des „Libertador“  
den 7. Februar datirte Meldung des Generals Matos eingetroffen,  
daß sich das venezolanische Kanonenboot „General  
Crespo“ auf der Höhe von Camarbo nach halbständigem Ge-  
fecht dem „Libertador“ ergeben habe. Das Kanonenboot sei,  
nachdem alles darauf befindliche Kriegsmaterial vom „Libertador“  
übernommen war, als weithlos den Willen überlassen worden.

### Schweiz.

**Der neue schweizerische Zolltarif,** den der Bundes-  
rath Donnerstag der Öffentlichkeit übergeben hat, enthält  
114 Nummern, gegenüber nur 476 Nummern des bisherigen  
Tarifs, mit einer allgemeinen, aber immerhin noch  
mäßigen Erhöhung der Zollsätze. Die Vor-  
lage geht nunmehr an die nationalrätliche Kommission und  
im April erfolgt die Verathung im Nationalrath.

### Oesterreich-Ungarn.

**Zu dem Ausstände der Heizer des Lloyd in  
Triest** meldet „Wolffs Bureau“: Infolge der Weigerung,  
die Wünsche der ausländischen Heizer des Lloyd zu erfüllen,  
stellten Donnerstag früh auch die Arsenalarbeiter die  
Arbeit ein; ingesamt streikten 5000 Mann. Das Militär  
ist in den Kasernen konsignirt. Vor der Gasanstalt waren  
etwa 2000 Arbeiter versammelt, welche die Einstellung der  
Arbeit verlangten; sie wurden indessen von der Wache zer-  
streut. Auch vor anderen Establishments sammelten sich  
Ausständige an und verlangten die Einstellung der Arbeit.  
Auch diese wurden von der Wache auseinandergetrieben und  
mehrere verhaftet.

### Frankreich.

**Streikunruhen.** 300 ausländische Arbeiter einer  
Weißgerberei in Saint Jannin bei Limoges versuchten  
Mittwoch Abend in die Fabrik einzudringen, doch wurden  
sie von der Gendarmarie daran gehindert. Die Ausständigen  
zogen sich dann zurück und bewarfen die Fabrik und die  
Gendarmen mit Steinen. Auf den Direktor der Fabrik  
wurde ein Revolverbeschuß abgefeuert. Donnerstag ist es 500  
Ausständigen gelungen, den Korben der Gendarmen zu  
durchbrechen und in die Fabrik einzudringen. Die Gendarmarie  
ist verpfändert worden, auch ist eine Kompanie Infanterie an  
Ort und Stelle eingetroffen.

### England.

**Schutzöllnerische Anwandlungen.** Die bisher noch  
immer fruchtlos gebliebenen Bemühungen, England in die  
Arme der Schutzöllnpolitik zu treiben, sollen jetzt mit ver-  
stärktem Eifer von Neuen aufgenommen werden. Die  
„Times“ schreiben:

Die zunehmende politische Feindseligkeit des Auslandes  
gegen britische Güter, die Notwendigkeit der Steuererhöhung in-  
folge des Krieges, und die partei Rührung der Kolonien, den  
Produkten des Mutterlandes eine Bevorzugung zu Theil werden  
zu lassen, hat den Gedanken an einen Ueberprüfung  
des Freihandelsystems, wie es durch Cobden einge-  
führt wurde, neue Nahrung gegeben, umso mehr, als nirgends in  
der Welt diesem System gegenüber Gegenwärtigkeit geübt wird.  
Der Ausschuss der Vereinigten Reichshandels-  
liga hat dieser Beziehung über diesen Gegenstand am 5. März  
nach dem Vorhine James Lowrie eine öffentliche Kon-  
ferenz abgehalten. Als Bescheid dieser Liga wird „faire trade“  
(verhältnißmäßige Schutzzölle) und insbesondere die Entwidlung des  
Gesetzes zwischen allen Theilen des Reiches auf Grundlage einer  
Bewertung erklärt.

Es läßt sich nicht verkennen, daß die gegenwärtige Lage  
der Dinge den englischen Schutzölln-Agitatoren Erfolg ver-  
spricht. Sollten sie ihr Ziel, wenn auch nur in beschränktem  
Umfange, erreichen, so wird Deutschland in erster Linie mit  
zu den Leidtragenden gehören. Unsere Schutzöllner mögen  
sich dann mit dem schönen Bewußtsein trösten, daß ihre  
Politik hauptsächlich diese Entwidlung der Dinge herauf-  
geführt hat.

### Transvaal.

**Vom südafrikanischen Kriegeschauplatz.** Wie viel  
die englischen Truppen in Südafrika noch zu thun haben  
werden, um alle Gegner niederzujagen, geht aus einer  
interessanten Mittheilung hervor, welche der „Times“ aus  
Johannesburg vom 18. Januar gemeldet wird. Darnach  
sollen nämlich die Buren im Langeberg-Distrikt,  
einer gebirgigen Gegend, die nur 150 Km. westlich von  
Kimberley liegt, eine neue Republik gegründet  
haben. Sie sollen sich dort in großer Anzahl niedergelassen  
haben, nach ihrem Belieben säen und ernten. Um den Dis-  
trikt zu säubern, müßten große Anstrengungen gemacht  
werden. Und das Alles noch auf dem Gebiete der Kap-

kolonie! Mehr als die Hälfte der Kapkolonie, sagt der  
„Times“-Korrespondent, befindet sich im Zustande der  
„äußersten Eilung“, und fast die Hälfte der weißen Bevöl-  
kerung steht im Verdachte, mit den Friedensstörern zu  
sympathisiren.

### Ubed und Nachbargebiete.

Freitag, den 14. Februar.  
**Achtung, Müller!** Ueber die St. Jürgen-  
Dampfmühle, Rakeburger Allee 106, ist seitens der  
hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Müller die  
Sperrverhängung worden. Kein Kollege darf dort in  
Arbeit treten.

**Der Lübecker Regierung zur Nachahmung  
empfohlen.** Die städtischen Behörden in Danzig haben  
weitere 25 000 Mk. zur Ausführung von Arbeiten bezugs-  
weise Beschäftigung Arbeitsloser bewilligt, nachdem  
bereits für diesen Zweck 50 000 Mark verwendet worden  
sind. Die Danziger Behörden haben damit bewiesen, daß sie noch  
sozialpolitische Einsicht besitzen. Sie haben bewiesen, daß  
ihnen das Wohl und Wehe der Bürger am Herzen liegt.  
Man vergleiche hiermit das Verhalten der „wohlweisen“  
Herren der Lübecker Regierung und man gelangt zu ganz  
sonderbaren Resultaten, deren Feststellung wir unsern Lesern  
überlassen.

**Der Popf hängt ihnen hinten.** Während in fast  
allen Berufen die Zwangsinnung als eine drückende Last  
empfunden wird, aus deren Bann zu entkommen das Ver-  
streben vieler Innungsmitglieder ist, planen hiesige Photo-  
graphen die Errichtung einer Zwangsinnung unter dem  
Namen „Innung der Photographen“. Der Senatsausschuß  
für Gewerbe- und Versicherungswesen fordert nämlich die  
betheiligten Gewerbetreibenden auf, sich bis zum 28. Fe-  
bruar beim Stadt- und Landamte für oder gegen Errichtung  
einer Innung auszusprechen.

**Der Bürgerausschuß** beschäftigte sich in seiner letzten  
Sitzung außer einigen unwesentlichen Sachen mit den Be-  
soldungsverhältnissen der Lehrer. Die zur  
Prüfung dieser Angelegenheit eingesetzte Kommission hatte  
einige die Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen  
lediglich bezüglich der Alterszulagen verändernde Vorschläge  
gemacht. Diese sollen aber nur dann Geltung haben, wenn  
die Gehaltsklassen der Volksschullehrer beibehalten werden.  
Im Falle der Aufhebung der Gehaltsklassen bleibt die Ver-  
änderung der Alterszulagen bestehen, es tritt dann nur eine  
Veränderung bezüglich der Elementar- und Bezirkschullehrer,  
deren Höchstgehalt ohne Ausnahme auf 3500 Mk. festgesetzt  
werden soll. Ferner schlägt die Kommission vor, das Höchst-  
gehalt der Hauptlehrer der Volksschulen und der Berufs-  
Schullehrer auf 4500 auf 4800 Mk. zu erhöhen,  
während andererseits das Anfangsgehalt dieser Kategorie  
von 3500 auf 3200 Mk. herabgesetzt werden soll. Das  
Anfangsgehalt der Hauptlehrer der Mittelschulen soll von  
3800 auf 3500 Mk. herabgesetzt, das Höchstgehalt von 4800  
auf 5100 Mk. erhöht werden. Zum Schluß soll auch der  
Lehrer an der Gewerbeschule insofern eine Verbesserung er-  
fahren, als sowohl sein Anfangs-, als auch sein Höchstgehalt  
um 300 Mk. erhöht werden soll. Außerdem beantragt die  
Kommission einige Abänderungen der Nachträge zum Unter-  
richtsgesetz, resp. zum Gesetz über die Rechtsverhältnisse der  
Beamten. — Demselben beantragte die Aufhebung der Ge-  
haltsklassen der Volksschullehrer, was jedoch seitens des  
Bürgerausschusses abgelehnt wurde. Sodann wurde dem  
Senatsvorschlage, betr. die Gehälter der Bezirkschullehrer,  
Elementarlehrerinnen und Elementarlehrern 1. und 2. Ge-  
haltsklasse mit unwesentlichen Abänderungen bezgl. der Alters-  
zulagen zugestimmt. Ferner nahm der Bürgerausschuß die  
Vorschläge der Kommission an. Bei der Gesamtabstim-  
mung wurde schließlich die Senatsvorlage mit den ange-  
nommenen Abänderungen der Bürgerschaft zur Mitgenehmi-  
gung empfohlen. Damit hat der Bürgerausschuß das letzte  
Wort gesprochen. Es wird nunmehr die Vorlage der Bürgerschaft  
demnächst unterbreitet werden; ohne Frage stimmt die-  
selbe der Senatsvorlage und den seitens des Bürgeraus-  
schusses vorgelegenen Abänderungen rückhaltlos zu, sodaß  
das sogenannte „Reformwerk“ recht bald seinen Abschluß  
finden wird. Die oberen Beamten können dann mit dem  
Resultat zufrieden sein, während die unteren und mittleren  
Beamten zu der Ueberzeugung gelangen werden, daß es mit  
der Fürsorge des Staates für sie denn doch nicht so weit  
her ist, als man allgemein behauptet und annimmt. Hoffent-  
lich werden letzteren dann die Augen geöffnet werden.

### Getwerbergericht.

**Widerrechtlich die Arbeit  
verlassen** die Näherin W., welche seit Oetern v. J.  
gegen 1,70 Mk. pro Tag bei der Schneiderin G. in Arbeit  
stand. Am 7. d. Mts. hat nun Fr. W. ohne Kündigung  
plötzlich die Arbeit verlassen, weshalb ihre frühere Arbeit-  
geberin Klage auf Rückkehr in das Arbeitsverhältnis resp.  
Zahlung einer Entschädigung erlob. Beklagte wollte jedoch  
unter keinen Umständen zu ihrer früheren Arbeitsstelle zurück-  
kehren und erklärte sich lieber zur Zahlung der auf 7,20 Mk.  
festgesetzten Entschädigung bereit. — Um verdienten  
Lohn in Höhe von 50 Mk. klagte der Knecht D. gegen den  
Fischräucherer B., bei welchem er seit Oktober v. J. gegen  
240 Mk. Jahreslohn neben freier Kost und Wohnung be-  
schäftigt war. Da Kläger vom dem Beklagten nach seiner  
Angebot mit großen Schimpfworten regaliert und außerdem  
mißhandelt worden war, verließ er am 6. Februar ohne  
Kündigung die Arbeit. Ein vom Vorsitzenden in Vorschlag  
gebrachter Vergleichsvorschlag, nach welchem Beklagter 30  
Mk. an Kläger zahlen soll, wird von Ersterem schroff ab-  
gelehnt. Das Gericht verurtheilte jedoch den Beklagten zu-  
nächst zur Zahlung von 32,60 Mk. und ordnete zwecks Ver-  
weiserhebung einen neuen Termin auf den nächsten Don-  
nerstag an.

### Stadtheater.

Aus dem Theaterbureau schreibt man uns:  
In ganz besonders ermäßigten Preisen, die bereits veröffentlicht  
worden sind, findet Sonnabend als erste Schiller- und Boitsover-  
festung die letzte Wiederholung des gewaltigen Kleinhändlers  
„Die Hermannschlacht“ statt, welches Stück bei seiner  
Erstaufführung an unserm Theater eine überaus glückliche Auf-  
nahme gefunden hat.

### Der Kranken- und Sterbekasse der Schlächter- gesellen in Lübeck

(eingeschriebene Hilfskasse Nr. 14),  
welche eine Abänderung ihrer Satzung beschlossen hat, ist  
vom Senate nach § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes  
vom 10. April 1892 die Bescheinigung erteilt worden, daß  
sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, auch nach

Vornahme dieser Satzungsänderungen den Anforderungen des Gesetzes genügt.

**Achtung Tischler!** Heute, Freitag, Abend 8 Uhr, findet im Kulmbacher Bierhaus, obere Fleischhauerstraße, die Wahl des Gesellenausschusses der Tischler statt. Sämtliche bei Innungsmeistern beschäftigten Gesellen werden ersucht, zu erscheinen.

Die Schifffahrt durch den Elbe-Extrave-Kanal ist nach einer Bekanntmachung der Kanalbehörde des Eises halber für hölzerne Fahrzeuge gesperrt.

pb. Nahrungsmittelverfälscher. Gegen einen Fettwarenhändler, der Kunstspeisefett als Schmalz in den Handel brachte, wurde Anzeige erstattet.

**Kleine polizeiliche Nachrichten.** Festgenommen wurde ein Malergeselle aus Wiarden, der seitens der Großherzoglichen Amtsanwaltschaft in Cloppenburg wegen Hausfriedensbruchs streckbrieflich verfolgt wird. — Wegen Beiteilens wurden am gestrigen Tage 2 Personen festgenommen, wegen Trunkenheit eine Person.

Das Handelsregister weist die Eintragung der Firma „Friedrich Geiß“ mit Kaufmann F. J. C. A. Geiß in Lübeck als alleinigen Inhaber auf.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Beim Spielen mit einem Gewehr schoß sich ein 14-jähriger Knabe in Lenfahn in den rechten Arm. Der Verlust desselben ist die Folge. — Der Dragoner Zahnte, welcher erschossen in der Wohnung seines Herrn in Parchim aufgefunden wurde, hat aus Furcht vor Strafe wegen Urlaubsüberschreitung das Gewehr gegen sich selbst gerichtet. O, welche Lust Soldat zu sein! — Der Hofbesitzer Sinnemann in Laarnig, über dessen Verhaftung wir gestern berichteten,

wurde wegen verbotswidriger Rückkehr zu 4 Tagen Haft verurteilt. — In Uller bei Christiansfeld verunglückte der 11-jährige Sohn des Arbeiters Kasmußen auf dem Eise, und zwar in Gegenwart seines Vaters, der jedoch seinen Sohn nicht zu retten vermochte. — Ein eigenartiger Unfall ereignete sich in Vebering bei Apenrade. Dort hatte eine Dienstmagd ihr Haar mit Petroleum (!) eingerieben, sie kam unglücklich Weise einer brennenden Petroleumlampe mit dem Kopf zu nahe und im Nu stand das Haar in Flammen. Die Bedauerwerthe erlitt am Kopf und Hals schwere Brandwunden. — Der Meierist Johannsen in Flensburg ist mit 3000 bis 4000 Mk., welche zur Zahlung an die Milchlieferanten dienen sollten, flüchtig geworden. — Ein bedeutendes Feuer äscherte in Hamburg einen Schuppen, in welchem Korkein lagerte, vollständig ein. Der Schaden beträgt 30 000 Mk. — Wegen Fahnenflucht verurteilte das Kriegsgericht in Wilhelmshaven zwei Matrosen, welche nach Holland zu flüchten versucht hatten, zu 1 1/2 resp. 2 Jahren Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse.

**Hamburg.** Ein Aufsehen erregender Meineidsprozeß, dessen Fäden in Lübeck gesponnen sind, gelangte am Mittwoch und Donnerstag vor dem Hamburger Schwurgericht zur Verhandlung. Wie unseren Lesern wohl noch erinnerlich sein dürfte, war der Maller Kieberger vom Lübecker Landgericht wegen Betruges zu längerer Freiheitsstrafe verurteilt worden. Er hatte nämlich einer Frau Joachim, von der er ein Haus in Niendorf a. Misse kaufte, durch betrügerische Manipulationen veranlaßt, eine Quittung über 2250 Mark zu unterzeichnen, während er ihr in Wirklichkeit nur die Summe von

250 Mark zahlte. In dem f. St. gegen Kieberger eingeleiteten Strafverfahren beschwor der Tischler und Maller Kuhlmann, er habe gesehen, daß Frau J. 2250 Mark erhalten habe. Die Folge war, daß Kuhlmann wegen Meineids angeklagt wurde. Trotz seines Zeugnisses befragte die Geschworenen die Schuldsfragen, worauf der Angeklagte zu 3 Jahren Buchhaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde.

**Bremen.** Ein Opfer der Rache. Auf offener Straße erschoss der Fahrradhändler Christensen den früher als Rennfahrer bekannten Fahrradhändler Wilhelm Kuhlmann, vormalig in Lübeck wohnhaft. Das Motiv der That soll Rache sein. — Die Bürgerschaft beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Fall Steneberg. Einstimmig wurde, zum Theil mit scharfen Worten, die Handlungsweise der beteiligten Beamten verurteilt. Für die Sozialdemokraten sprach mit Geschick Genosse Rhein. Senator Stadländer gab zu, daß Fehler gemacht seien von dem Subalternbeamten, der als Transporteur fungierte, derselbe habe die bestehenden Vorschriften außer Acht gelassen. Es gelangte ein Antrag zur Annahme, der dem Bedauern der Bürgerschaft über das Vorgefallene Ausdruck giebt und den Senat um Vorbeugungsmassregeln gegen eine Wiederkehr solcher polizeilicher Ueberschüsse ersucht. Ein ferner angenommener Antrag wünscht einen Bericht über die Möglichkeit anderer Transporte.

**Briefkasten.**

A. J. Die Gebühren-Ordnung für Hebammen können Sie in der Redaktion von 12-1 oder von 6-7 Uhr einsehen; zum Ausdruck eignet sie sich nicht. — Am 1. April.

Hierdurch sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Nachbarn, sowie dem Arbeiterverband für die Glückwünsche und Aufmerksamkeiten zu unserer Silbernen Hochzeit unsern herzlichsten Dank.

J. Dopp und Fran.

Zu verm. eine Wohnung mit Keller u. Bodenterrassen, wo seit Jahren eine Wäscherei betrieben wird, die auch mit übernommen werden kann. Preis 250 Mk. Bitterstraße 31.

Zu vermieten mehrere Damen- u. Herren-Mästen-Anzüge in der Wauer 142, dt.

Sofort

ein junger Hansbursche. Aug. Haass Nachf., Wülfenstraße 10.

Ein älterer ruhiger Mann (Unterrentner) müncht etwas leichte Beschäftigung. Großes Honorar wird nicht beanprucht. Alsterstraße 7, II.

Zu verkaufen zwei Jünglinge. Smittenstraße 1.

Zu verkaufen ein Sopha u. Kinderwagen. Waffelstraße 15.

**Achtung!**

Wegen der großen Arbeitslosigkeit liefere ich: Herrensohlen u. Absätze 1.70 Mk. Damensohlen u. Absätze 1.30 Mk. 14 Ellerbrook 14.

Eine Parthie weichen Tilsiter Halbfett-Käse (schöne fetle Waare) Pfund jezt nur 40 und 50 Pfg. Alten Tilsiter Pfd. 40 Pfg. C. Harz Breitestraße 60. Fernsprecher 1223.

Empfehle: Prima vide Flohmen Pfund 70 Pfg. W. C. Köppke Klingenberg 4.

Jeden Sonnabend von 5 Uhr an: f. Knackwurst.

Heinr. Muhly Goldstraße 14.

f. Kopffleisch Leberwurst u. Brodwurst Stück 10 Pfg. empfiehlt

Heinr. Viereck, Hügelstraße 96

f. Bockwurst und Bierwurst.

Heinr. Muhly Goldstraße 14

Wer zum Sonntag Geld sparen will, der gehe Sonnabend Morgens und Abends in die Markthalle Stand 24 und kaufe prima Kalbfleisch, Rindfleisch, Beefsteak, Kalbfleisch, Gehacktes u. Leber ausnahmsweise billig. Albert Hilde.

Nur ein Geschäft mit kleinen Specien kann seinen Kunden Vortheile bieten! Zu nie dagewesenen Preisen: Ca. 1000 elegante

**Konfirmanden-Anzüge**

etc. solide, dauerhafte Stoffe, eleg. Sit., beste Verarbeitung, konkurrenzlos billig, nur Mk. 5, 7, 9, 10, 12, 15, 17, 19, 20 1/2.

Bei Einkauf eines Konfirmanden-Anz. 1 Konfirmanden-Hut gratis.

- Die Restbestände der Winter-Läger sowie die bei der Inventur zurückgef. Herren- und Knaben-Garderoben werden zu Spottpreisen anderkaufst. 1 Posten Knaben-Anzüge, alle Gr., Werth 8 1/2-7 Mk., jezt f. 1 1/2 u. 3 Mk. 1 Posten Knaben-Modell-Anzüge, Werth 8-12 Mk., jezt f. 4 u. 4 1/2 Mk. 1 Posten Jügl.- u. Konfir.-Anz., Werth 12-16 Mk., jezt f. 5-9 Mk. 1 Posten Buckskin- u. Cheviat-Beinkleider jezt für 2,10 u. 3 1/2 Mk. 1 Posten Sommer- u. Winter-Paletots Werth 14-30 Mk., j. f. 5-15 Mk. 1 Posten Herren-Anzüge, eleg. Stoffe, Werth 18-36 Mk., j. f. 8-17 Mk. 1 Posten Herren-Sober-Joppen, Werth 6-11 Mk., jezt für 2 1/2-5 Mk. 1 Posten Herren-Saus-Jackets, Werth 2-4 Mk., jezt f. 70 Pfg. u. 1,50 Mk. Hochfeine schwarze Herren-Anzüge in Jacket, Rock- und Gehrockfacon in enormer Auswahl unerreicht billig.

Elegante Anzüge und Paletots nach Maß von 25 Mk. an. Täglich Eingang von eleganten Frühjahrs-Neuheiten in Anzügen und Paletots in großartiger Auswahl. Sämtliche Arbeiter-Garderoben zu Spottpreisen.

**Welthaus „Goldene 33“**

Lübeck, nur Breitestr. 33, 1 Treppe, kein Laden.

Achtung! Sonnabend und Sonntag erhält jeder 10. Käufer eines Herren-Anzuges

**umsonst einen Herren-Anzug.**

NB. Jeder Käufer kann sich, um Irrthümer zu vermeiden, von der Richtigkeit selbst überzeugen.

Einziges Geschäft dieser Art am Platze.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Bon C. Legien. Preis 20 Pfg.

Die Genossenschaftsbewegung. Bon A. v. Elm. Preis 20 Pfg.

**Pfaffenspiegel**

5. (neueste) Auflage. 11 Lieferungen à 30 Pfg., gebunden 4,50 Mark. Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 50.

Fahrräder und Nähmaschinen reparirt gut und preiswerth Fr. Busse Königstraße 93. Fernsprecher 1292. Neue und gebrauchte Fahrräder und Nähmaschinen zu jedem Preis. Rubsdörftle billigst.

Echter Holsteinischer Käse Pfund 25 Pfg. A. Weidenfeller, Fassentstraße 15

**Circus Variété**

Freitag, Sonnabend und Sonntag Die letzten Vorstellungen. Das humoristische Programm. Neu!! Neu!!

**Carnaval im Olymp.**

Fasnachts-Scherzspiel. 20 Mitwirkende höchst originell.

**Die Doppelhumoristen**

Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr. Von heute ab zahlt jeder Besucher an der Abndt-se

halbe Preise (daher spottbillige Eintrittspreise).

**Konfirmanden-Anzüge** 7.15, 8.50, 11.00, 15.00-22.00. Garantie für tadellosen Sitz.

Schwarze und farbige Kleiderstoffe Meter 60, 80, 1.00, 1.20-4.20 in wunderschönen Farben.

**Arbeits-Garderoben.**

- Maurer-Hosen 2.60-5.80 Schloffer-Jacken 1.45-2.00 Schloffer-Hosen 1.25-5.00 Manchester-Hosen und Westen Maler-Mittel und Jacken Blane und gestreifte Blusen 1.20 Patchend-Hemden 95 Pf. bis 2.00

**Hüte u. Mützen** in großer Auswahl.

**1 Post. Herren-Anzüge** 10.50-36 00

**Bahr & Umlandt**

31 Breitestraße 31

**Oscar Keil**

Schwarz. Aller 65. Schwarz. Aller 65. Pa. Kohlwurst, Brodwurst, Kopffleisch, Rippen.

Bon 5 Uhr an: Heisse Knackwurst

Gute Cigarren 100 Stück 2,90 Mk. Johannisstr 17/19.

Sterbelasse „Die Vertrauliche“ Lübeck Die Kasse wird für das Rechnungsjahr 1903 vertreten durch die Vorstandsmitglieder:

J. W. H. Drath als verwaltende Vorsteher P. J. D. Steen als stellvertretende Vorsteher und P. M. C. Schüder als Kassamann im Verhinderungsfalle eines verwaltenden Vorsehers. Lübeck, den 12. Februar 1903.

**Stadt-Theater.**

Sonnabend den 15. Februar. Anfang 7 Uhr. 138. Vorstellung. 24. Fort. außer Abonnement. Giste Schüler- und Volksvorstellung

**Die Hermannschlacht.**

Drama in 5 Aufzügen von Heine u. Kleff. Kleine Preise. I. Rang Balkon und Loge Mk. 1.25 I. Parquet Mk. 1. — II. Rang Balkon Mk. 0.75 II. Parquet Mk. 0.75 III. Rang Loge Mk. 0.60 Parterre Mk. 0.50 III. Rang Mk. 0.30 Gallerie Mk. 0.20

Sonntag den 16. Februar. Anfang 4 Uhr. 17. Nachmittags-Fremden-Vorstellung bei kleinen Preisen

**Cavalleria rusticana.**

vorher: In Civil. Abends 7 1/2 Uhr. Zum letzten Male:

**Die lustigen Weiber von Windsor**

Geschäftsöffnung: Sonnabend den 15. Febr. 1902.

# Neues Geschäft

also nur frische Waare.

Empfehle zu erstaunlich billigen Preisen:

## Kleiderstoffe

Baumwoll-, Woll- u. Linnen-Waaren. Bettsatins, Bettfedern u. Daunen. Sämmtl. Aussteuer-Artikel. Handtuchdrell u. abgepasste Handtücher.

Holländische Waaren und Futter-Stoffe.

Kleider- und Schürzen-Drucks, Hemdentuche.

Schürzen, Leibwäsche, Schirme.

Unterzeuge, Unterröde, Corsetts. Strickwolle, Strümpfe und Handschuhe.

## Arbeitergarderobe.

**Neu!** 11 obere Johannisstraße 11 **Neu!**  
Wilhelm Bartelt.

## Geschäfts-Eröffnung.

Am Sonnabend den 15. Febr. eröffnen wir in dem neuerbauten Hause Sandstrasse 17 ein grosses Special-Geschäft für

# Herren-, Knaben- u. Arbeiterbekleidung

Durch unsere langjährige Thätigkeit in den ersten hiesigen Geschäften sind wir in der Lage, den Geschmack der hochverehrten Kundschaft genau zu kennen, und werden wir in sämtlichen Abteilungen nur erstklassige Fabrikate führen.

## In der Abtheilung: Arbeiter-Garderoben

bieten wir die größte Auswahl für sämtliche Gewerke und legen besonders Gewicht auf bequemen Sitz und stärkste Näharbeit.

## Ebenso ist unsere Herren- und Knaben-Confection

von allerbesten Verarbeitung und tadellostem Sitz und bietet vollkommenen Ersatz für Maafarbeit. — Ferner unterhalten wir ein gut fortirtes Stofflager und liefern alle Sachen auch nach Maaf.

Wir bitten ein verehrtes Publikum, sich von der Reichhaltigkeit und den Vorzügen der einzelnen Artikel durch gütigen Besuch gefl. überzeugen zu wollen.

# Spille & v. Lühmann

früher bei den Firmen: Gustav Jäde resp. Rud. Karstadt.

 <sup>Habr:</sup> mehrere junge Pferde geschlachtet, wovon ich auswahmsweise schönes **Suppenfleisch** bestens empfehle.

**Herm. Dose, Hofschlachter**  
Sunderstr. 62 u. Marktstr. Nr. 1.

 Durch Zufall ein junges fettes Pferd geschlachtet, wovon ich **pa. Suppenfleisch** und schöne Bratenstücke empfehle.

**J. Fischer, Gabelstr. 52.**  
Kost 5 Uhr an: Heisse Knackwurst.

**Harry Dahm**  
Königstrasse 91, Ecke Wahnstr.

empfehle:  
ständig großes Lager sämtlicher Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderoben.

Empfehle:  
Vorzügliche 5, 6, 7 und 8 Pfg. Cigarren, Cigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabak, Nordhäuser aus der Arbeiter-Genossenschaft.

**A. Riecken, Schurt. Nr. 63.**

**Hühneraugen**  
Hornhaut und Warzen beseitige überreichend schnell nach Anwendung meiner patentirten Electroschlinge.

Nur einzl. und allein bei  
**A. G. Deutschmann, Wahnstraße 71.**  
Sprechstunden 9-2 Uhr.

**Gut — Billig**  
Liefere  
**Bettfedern und Daunen fertige Betten.**

**Harry Dahm**  
Königstr. 91 — Ecke Wahnstr.  
Bei Bestellungen ganzer Ausstattungen — Extra-Rabatt. —

Als billige und gute **Einkaufsquelle** von Essig, Essigsprit, Heringen, Salzgurken, Sauerkohl, Anchovis, Käse u. s. w. können wir

**H. L. Wiegels**  
vorm. J. C. Bunge  
61 Fischergrube 61 empfehlen.

Jeden Dienstag und Freitag:  
**Schwarzsauer**  
**Heinr. Mahly,**  
Goltzenstraße 14

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lokal und Nachrichten“ und die mit J. St. bezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellung. —  
Druck: Theodor Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Einnahme in Lübeck.

## Getreidepreis und Diebstahl.

Die jüngst erschienene, und von uns bereits erwähnte **Kurellsche Broschüre** über den neuen Zolltarif und die Lebenshaltung der Arbeiter ist den Agrariern außerordentlich peinlich. Da sie gegen die Fülle des darin enthaltenen Tatsachenmaterials, das ein geradezu vernichtendes Urtheil über die geplanten Zollserhöhungen spricht, nicht ankommen können, klammern sie sich an irgend eine Neben-sächlich-keit, um dadurch die Schrift zu diskreditiren. Besonders charakteristisch ist das Verfahren der „**Konservativen Korresp.**“ für sie ist die Kurellsche Schrift dadurch gerichtet, daß sie für angeblich zu Kurze die Untersuchungen des Prof. **Georg v. Mayr** über den Zusammenhang von Getreidepreis und Diebstahl bezieht.

Dem amtlichen Organ der konservativen Partei ist der ganze Gegenstand augenscheinlich recht unbekannt. Nicht einmal den Namen ihres Lieblings schreibt es richtig, sondern macht aus einem Georg von Mayr einen G. v. Mayer. Hätte es eine Ahnung von dem wirklichen Sachverhalt, so würde es sich wohl hüten, an der ganzen Sache zu rühren. Herr v. Mayr hat allerdings ganz neuerdings ein **agrarisches Bekenntnis** abgelegt. Aber er hat damit nicht nur seine Jugendansichten geändert, sondern auch die, die er noch im Jahre 1895 vertrat, denn im Januar 1895 schrieb er in der „**Münc. Allg. Ztg.**“:

„Rechnet man sich ein Diagramm, welches für die Jahre 1888—93 in Kurven die Schwankungen in den Angriffen gegen das Vermögen, sowie die der Roggenpreise ersichtlich macht, so hat man folgendes Bild: Für die Eigentumsvergehen und für die Roggenpreise zeigt sich in diesem Zeitraum eine ausgesprochene bergartige Anschwellung, die für die Roggenpreise auf das Jahr 1891, für die Eigentumsvergehen auf das Jahr 1892 fällt. Man darf in diesem nur zeitlich etwas verschobenen Parallelismus eine Andeutung vom Einfluß der Nahrungserschwerung auf die Zunahme der Angriffe gegen das Vermögen erkennen. Die Thatsache der zeitlichen Verschiebung spricht nicht dagegen, sondern dafür; denn die hier in Betracht gezogenen Zahlen der Kriminalstatistik beziehen sich nicht auf die in dem betreffenden Jahre begangenen Verbrechen und Vergehen, sondern auf die abgeurtheilten... So sind zum Beispiel von den 284 830 Handlungen gegen das Vermögen, wegen deren im Jahre 1892 Verurtheilung erfolgte, als in das Jahr 1891 fallend, nicht weniger als 103 877 nachgewiesen. Es ist demnach begreiflich, daß die Wirkungen von Ursachen, welche eine gewisse Kriminalität steigern, auch noch im folgenden Jahr in Erscheinung kommen, zumal wenn man annehmen darf, daß solche Ursachen, wie z. B. die Nahrungsmittelerhöhung, erst bei längerer Fortdauer Wirkung äußern. Dem andauernden Sinken der Roggenpreise am Ende des Zeitraumes entspricht der Rückgang der Vermögensvergehen im Jahre 1893.“

Also der Zusammenhang zwischen Kriminalität und Getreidepreisen wird nicht bloß von dem „**jugendlichen**“ Mayr des Jahres 1867, sondern auch von dem ausgewreiteten des Jahres 1895 festgehalten. Allerdings formulirt Herr v. Mayr das Gesetz jetzt etwas anders. Er schreibt nämlich am 23. April 1895:

„Eine gewisse **Kausalbeziehung** zwischen der Nahrungsmittelerhöhung oder -Erleichterung einerseits und der Kriminalität andererseits kann nach unseren dermaligen kriminalistischen Resultaten als nachgewiesen angesehen werden. Allerdings ist diese Beziehung weder an sich so einfach, wie Manche glauben, noch tritt sie überall und jeder Zeit gleich erkennbar hervor. Auch die **neue italienische Kriminalstatistik** ergibt für die Jahre 1887-1892 bei steigenden Getreide- bezw. Brodpreisen eine Zunahme der Diebstähle (folgen die 3 Fern). Man wird in dem Ergebnis der neuesten italienischen Kriminalstatistik einen weiteren Beitrag zur Bestätigung des Gesetzes von den Kausalitätsbeziehungen zwischen Nahrungserhöhung und Kriminalität erkennen dürfen. Wissenschaftlich ist es korrekter, von einem Gesetz des Parallelismus zwischen Nahrungserhöhung und Diebstählen als vom Gesetz des Parallelismus zwischen Getreidepreisen und Diebstählen zu sprechen.“

Die neue Formulirung des Gesetzes ist für die Agrarier um kein Haar angenehmer als die frühere. Nahrungserhöhung bedeutet Förderung des Diebstahls. Die agrarische Zollpolitik ist aber die ausgesprochenste Form der Nahrungserhöhung, die man sich überhaupt denken kann. Daß die künstliche Vertheuerung der Lebensmittel die Eigentumsvergehen vermehrt, beweist die Reichsstatistik mit derselben Deutlichkeit, mit der sie den Segen der Handelsvertragspolitik erkennen läßt. Im Jahre 1891, vor den Handelsverträgen, hatten wir Hungerpreise. Der Doppelzentner Roggen kostete 21,12 Mark, das 50-Pfennigbrod wog in Berlin nur 1,58 Kilogramm. Die Folge war die „**bergartige Anschwellung**“ der Diebstähle, von der Herr v. Mayr spricht, die 82 751 Verurtheilungen wegen einfachen Diebstahls, die 1892 stattfanden. Dann kamen die Handelsverträge. Im Jahre 1894 kostete der Doppelzentner Roggen nur noch 11,77, im Jahre 1895 nur noch 11,08 Mk. Das 50-Pfennigbrod wog in Berlin 2,45 und 2,42 Kilogramm. Die Diebstähle aber sanken auf 70 990 und 69 765. Dauernd hat sich seitdem die Zahl der Diebstähle niedrig gehalten. Unsere Bevölkerung hat von 1891 bis 1899 um mehr als 5 Millionen zugenommen. Trotzdem stehen den 82 751 Diebstählen des Jahres 1891 nur 69 154 des Jahres 1899 gegenüber.

Wenn Herr v. Mayr seinen Feststellungen von 1867 und 1895 zum Trost im Jahre 1891 „**einen bemerkenswerthen Einfluß der Getreidepreise auf die kriminelle Betätigung des preussischen Volkes gänzlich in Abrede stellt**“, so macht das seiner agrarischen Bestimmung alle Ehre und qualifizirt ihn durchaus zum Kronzeugen der „**Konservativen Korrespondenz**“ und ähnlicher agrarischer Blätter, erhöht auch wahrscheinlich seine wissenschaftliche Qualifikation in diesen Kreisen. In anderen denkt man anders darüber.

## Soziales und Partelleben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die **Kastatter Waggonfabrik** sucht Schreiner und Stellmacher. In letzter Zeit wurden dort Lohnreduktionen vorgenommen, wogegen die Arbeiter protestirten. Der Protest hatte den Erfolg, daß 15 Mann gekündigt wurden. Schreiner und Stellmacher, die nicht gewillt sind, für 28—30 Pf. zu arbeiten, werden gut thun, Kastatt zu meiden. — Der **Schlachterstreik** in **Esbjerg** (Dänemark) dauert noch unverändert fort. Da die Helfershelfer der Unternehmer noch immer in Deutschland Arbeitswillige suchen, so sei hierauf noch speziell aufmerksam gemacht und vor Bezug von Fleischergesellen nach **Esbjerg** abgesehen. — Zweck Herbeiführung einer neuen **Cariffgemeinschaft** im **dänischen Buchbindergewerbe** fand am Montag in **Kopenhagen** eine gemeinsame Sitzung von Vertretern der Meister- und Gehilfenorganisationen statt. Eine Einigung wurde jedoch nicht erzielt. Die Angelegenheit wird jetzt wahrscheinlich im „**Gesamttverband der Gewerkschaften**“ und in der „**Arbeitgeber-Vereinigung**“ zur Verhandlung kommen. — In der **königlichen Pelzwaren-Fabrik** zu **Rotterdam** sind Differenzen ausgebrochen.

**Gewerkschaftliche Arbeitslosen-Unterstützungen.** Die organisirten deutschen Bäcker haben sich in der Urabstimmung mit 1623 „Ja“ gegen 801 „Nein“ für Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung erklärt. Kraft der festgelegten Bestimmungen wird nach 52wöchiger Mitgliedschaft während eines Jahres für die Dauer von 42 Tagen eine tägliche Arbeitslosen-Unterstützung von 1 Mk. gewährt. Bei längerer Mitgliedschaft beträgt die tägliche Unterstützung 1,50 Mk. Neben der Arbeitslosen-Unterstützung hat der Bäckerverband auch die Krankenzuschkasse und gewährt ein Sterbegeld von 60 Mk. — Der **Verband der deutschen Dachdecker** beschloß einstimmig, im Juni d. J. eine Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung vorzunehmen. Bei Annahme dieses Beschlusses soll die Unterstützung 6 Mk.

die Woche betragen und für 36 Tage im Jahre gewährt werden. — Der **Verband der deutschen Hand- und Maschinenbauarbeiter** hat im 2. Quartal 1901 bei 3109 Mitgliedern 11 004 Mk. Arbeitslosen-Unterstützung ausgezahlt.

Die erste **sozialistische Konsumgenossenschaft** ist vor kurzem in **Chicago** gegründet worden. Mitglied kann Jedermann werden durch Einzahlung von 20 Mk., aber nur Mitglieder der sozialistischen Partei gelten als aktive Mitglieder und nur sie haben Abstimmungsrecht. Ein Achnel des Ueberschusses wird dem Agitationsfonds der sozialistischen Partei überwiesen, ein Achnel wird als Reservec-fonds zurückgelegt und drei Viertel werden als Dividende vertheilt. Glaubt dieses Unternehmen, so sollen auch in anderen Städten der Vereinigten Staaten solche gegründet werden.

**Gemeindevahlen.** In **Hasselfelde** (Braunschweig) wurde der erste Sozialdemokrat ins Stadtvorordneten-Kollegium gewählt.

**Zeitbild.** Unserm Königsberger Parteiblatt schreibt man aus **Elbing**: Daß es hier in **Elbing** angebracht wäre, Frühstücksstuben für Schulkinder einzuführen, beweist folgender Zettel, welchen ein Klassenlehrer dieser Tage erhielt: „**Geehrter Herr Lehrer!** Sie werden entschuldigen, daß mein Sohn **Wilhelm** nicht zur Schule kommen konnte, denn wir hatten nichts zu essen, denn mit einem hungrigen Magen konnte ich ihn nicht schicken. Hochachtungsvoll Frau Eng.“

**Ein Arbeiterhaushalt.** Ein Berliner verheiratheter, aber kinderloser Maurer, der seit Jahren regelrechte Aufzeichnungen über seine Haushaltungsausgaben macht, sendet dem Berliner „**Vorwärts**“ sein Budget für das Jahr 1901. Der Mann arbeitete für einen Stundenlohn von 65 Pf., ist also zu den besser bezahlten Arbeitern zu rechnen. Da er jedoch durch Witterungsverhältnisse 268 Stunden, durch Maßregelung 238 Stunden und wegen Mangel an Beschäftigung 247 1/2 Stunden verlor, so hatte er nur 1797 1/2 Arbeitsstunden. Sein Jahresverdienst betrug 1168,37 Mark. Außerdem hatte er noch 154,75 Mk. diverse Einnahmen und da er ferner am Ende des Jahres 1900 einen Ueberschuß von 78,69 Mk. hatte, so betrug seine Gesamteinnahme 1401,81 Mk. Die Gesamtausgabe betrug 1340,61 Mark, so daß ein Ueberschuß von 61,20 Mk. verbleibt. Die Ausgaben für die Ernährung betragen dabei im Durchschnitt wöchentlich 13,74 Mk., für eine Person täglich also weniger wie 1 Mk. Unter den übrigen Ausgaben ist zunächst die Wohnungsmietho 228 Mk. Dann Wäsche, Kleidung, Schuhzeug und Hausstandsfachen 160 Mk., Steuern 18 Mk., Kassen- und Vereinsbeiträge, Versicherungszwecke 73,49 Mk., Lektüre 24,15 Mk., Vergnügungen 55,25 Mk.; der Rest vertheilt sich auf diverse Kleinigkeiten, die aber alle als unentbehrlich erscheinen. Sind bei solchem Einkommen Kinder, dann unterbleiben zunächst die Anschaffungen für Kleider zc., die Familie lumpt herunter und die Ernährung muß noch ungenügender ausfallen, wie sie hier schon ist. Wie aber lebt dann eine Familie, wo der Mann vielleicht 20 Mk. die Woche verdient? Bekanntlich ist der ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter in Berlin auf 2,90 Mk. berechnet, das sind nur 17,40 Mk. wöchentlich, bei 300 Arbeits-tagen 870 Mk. im Jahre. Welches Jammerdasein müssen diese Leute führen!

Die **neue Berliner Parteidruckeri**, die im Laufe dieses Jahres für den Druck des „**Vorwärts**“ auf dem Grundstück Lindenstraße 69 entstehen wird, wird in der „**Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker**“, dem Organ der tariffreien Unternehmerorganisation, folgendermaßen geschildert: „Zum Druck der Zeitung, die in einer Auflage von 66 000—70 000 Exemplaren erscheint, werden von der Firma **König u. Bauer** aufgestellt: eine **Zwillings-Rotationsmaschine**, welche in der Stunde 13 000 sechsheftige, eine **Zweibecker-Rotationsmaschine**, welche in der Stunde 24 000 zweibeckige und eine **Dreibecker-Rotationsmaschine**, welche in der Stunde 24 000 achtheftige

## Duell und Ehre.

Von **Friedrich Thieme.**

2. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Lothar gerieth zuletzt in Verzweiflung. Er erschien sich selbst ein Unwürdiger und erwog die Eventualität über sein Leben, da er nicht zu Gunsten seiner verletzten Ehre darüber zu verfügen imstande sei, diejenige Verfügung zu treffen, die ihm seiner Ansicht nach allein übrig blieb, denn als ehrloser Mensch wollte er nicht leben. Vorher aber gedachte er noch das Aeußerste zu versuchen. Er schrieb an seinen Wohlthäter, legte ihm den Hergang ausführlich mit allem Für und Wider dar und bat ihn in der eindringlichsten Weise, ihn seines Wortes zu entbinden. Lieber möge er, schloß er das bewegliche Schreiben, seine Hand gänzlich von ihm abziehen, nur möge er die Möglichkeit gewähren, seine verlorene Ehre wieder herzustellen, denn was helfe ihm sein Studium, wenn er als ehrloser Mensch durch die Welt gehen sollte, verachtet von all seinen Fremden und Gefährten, bespöttelt von jedem seines Standes, aus der besseren Gesellschaft als Feigling ausgeschlossen und in seiner Militärlaufbahn von Anfang an zur Resignation von jedem Avancement verurtheilt? Er sei in einer Zwangslage, wie sie die schönsten Redensarten nicht hinweg zu beseitigen vermöchten, die Lösung für ihn heiße: Ehre oder Leben! Seiner großen Verpflichtungen gegen ihn sei er sich wohl bewußt und er sei wahrlich kein Undankbarer, aber die Ehre stehe doch über allem auf Erden! So erbittet er auf jeden Fall eine umgehende, definitive Antwort, um sein ferneres Verhalten danach einrichten zu können.

In fiebernder Spannung harrete er der Antwort — Aber morgen früh konnte sie in seinen Händen sein, denn daran, daß sein Wohlthäter in derselben Stadt, wo sich der ihm als Mittelperson bezeichnende Anwalt befand, aufhältlich sei, hegte er keinen Zweifel.

Der ersehnte Morgen kam und die gewöhnliche Post-kunde ging vorüber, doch die so heiß erhoffte Antwort blieb aus!

Schon erwog Lothar bei sich selbst, ob er nicht sofort in Person nach D. reiten und eine Unterredung mit seinem Wohlthäter nachsuchen solle, als es an seine Thür klopfte und auf sein „**Herein!**“ dieser selbst erschien, ganz so, wie er das Bild in seiner Erinnerung bewahrte, nur ein wenig gealtert in seinen Zügen und mit den ersten Spuren des Silbers in Haar und Bart.

„**Sie — Sie selbst!** — O wie danke ich Ihnen“, rief er erfreut und bewegt, doch auch nicht frei von einer gewissen Mangigkeit aus.

„**Sie?**“ erwiderte der Fremde, indem ein Schatten über sein ausdrucksvolles, sympathisches Antlitz huschte. „Du sollst mich ja Du und Onkel nennen.“ Damit drückte er dem jungen Manne warm die Rechte und setzte sich.

„**Nicht wahr, Onkel, Du bringst mir das erlösende Wort?**“ fragte Lothar voller Erwartung.

„**Ich bringe Dir hoffentlich Befreiung von dem Alp, der auf Dir lastet und gebe Dir die Klarheit Deiner Seele zurück**“, versetzte ernst der Onkel. „**Hast Du Zeit, mich auf einem kleinen Spaziergange zu begleiten?**“

Lothar blickte ihn befremdet an.

„**Gewiß — aber —**“

„**So komme nur, wir reden nachher über Deine Angelegenheit.**“

Beide verließen das Haus. Der Onkel mußte wohl guten Bescheid wissen in der Stadt, denn ohne zu zögern schritt er die Straße entlang, bog um die Ecke und wandte sich einem der aus der Stadt führenden Thore zu, das heißt einem der Orte, wo sich in früheren Zeiten einmal ein Thor befunden hatte. Lothar ging schweigend neben ihm her, sich verwundert fragend, wohin sein Wohlthäter ihn zu führen beabsichtige und welchen Zweck er mit dem Gange wohl verbinde.

„**Wohin gehen wir?**“ nahm er endlich betroffen das Wort. „**Wenn wir hier weiter wandern, kommen wir auf den Kirchhof.**“

„**Das ist gerade unser Ziel,**“ erwiderte der Onkel.

Bald durchschritten sie das eiserne Gitterthor der Todtenstadt und gingen langsam die den Friedhof in zwei große Bezirke trennende Allee entlang. Hiemlich am Ende der Straße angelangt, wandte sich der Fremde plötzlich nach rechts, zwischen den Hügeln und Mälern bewegte er sich mit der Sicherheit eines Menschen, welcher mit den irdlichen Verhältnissen genau vertraut ist. Dem Studenten ward etwas unheimlich zu Muthe; — wohin führte ihn sein Begleiter?

Da hielt Lothars Begleiter vor einem Grabe ganz in der Ecke still. Der darin schlummerte, mußte wohl schon viele Jahre seine stille Wohnung in der kalten Erde bezogen haben. Denn der kleine Hügel befand sich im ältesten Theil des Gottesackers, die Schlingpflanzen darauf hatten sich zu einer wahren Wildnis entwickelt und wucherten weit hinüber bis zu den Rändern der Nachbargräber, und der Rosenstock auf dem Grabe war zu einem förmlichen Baum emporgewachsen, dessen kräftige Zweige schier überdeckt waren mit großen, weißen Rosen, von denen ein betäubend schwerer Duft ausging, der für die rege Einbildungskraft unseres Lothars fast etwas Reichenartiges besaß. Ein schwarzes Kreuz erhob sich über einer von Wind und Wetter mitgenommenen Marmorplatte, aber die Inschrift war noch deutlich zu lesen, doch vermochte der junge Mann nur die ersten Worte „**Hier ruht**“ zu entziffern, weil das Uebrige unter einem dichten Epheuhecker sich verbarg.

„**Wir sind am Ziele,**“ sagte der Führer mit eigenthümlich bewegter Stimme, indem er auf den Hügel deutete.

„**Wessen Grab ist das?**“ fragte Lothar.

„**Hies die Inschrift.**“

Der Student schob in hastiger Reugier den Epheu zu,

zeitige Zeitungen ineinandergesteckt und gefalzt liefern. Die Zwei- und Dreibeckmaschinen bieten den Vorteil, daß sie jede Produktion von zwei Seiten bis zur höchsten Ausnutzung von 24 bezw. 48 Seiten gestatten. Außer diesen Rotationsmaschinen für den Zeitungsdruck werden sechs einfache Schnellpressen aufgestellt. Sämtliche Maschinen werden mit elektrischem Einzelantrieb versehen und zwar mit Tandem-Motoren der Elektro-Motor-Dynamowerke Bergmann in Berlin, einem Maschinentypus, der bisher in Deutschland noch nicht zur Anwendung gelangte. Die Berliner Elektrizitätswerke legen für diesen Betrieb einen besonderen Strang nach dem Grundstück. Welche erheblichen Mittel für diese Druckereinrichtung aufgewendet werden, geht daraus hervor, daß die betreffenden Druckmaschinen einer Anschaffungswert von etwa 225 000 Mark haben.

**Der Sozialdemokratische Verein Nürnberg** führte am Freitag seine vor acht Tagen nach Erledigung der Ausschlußaffäre vertagte Generalversammlung zu Ende. Zu erledigen war nur noch die Reorganisation und Neuwahl der Präskommission, und es wurde beschlossen, die Zahl der Mitglieder von 21 auf 12 herabzusetzen. Ferner wurde die Präskommission beauftragt, den Gesellschaftsvertrag und das Regulative für die Präskommission einer Aenderung zu unterwerfen. Im vorigen Jahre, nach der Gehaltssteigerung des Geschäftsführers Sydow, wurde der Gesellschaftsvertrag derart geändert, daß den Handelsgesellschaftern fast alle Rechte genommen und auf die Präskommission übertragen wurden. Nun sind in dem Parteigeschäft Maßnahmen notwendig geworden, die die finanzielle Leistungsfähigkeit einzelner Gesellschaftler in erheblichem Maße in Anspruch nehmen, und durch die beschlossene Aenderung soll ihnen ein ihrer Verantwortlichkeit und ihren finanziellen Risiken entsprechender Einfluß auf die rein geschäftlichen Angelegenheiten gewährt und in ihren geschäftlichen Dispositionen ein größeres Maß von Selbstständigkeit, als es die letzten Verträge gefahnen, eingeräumt werden. Zukünftige Aenderungen des Gesellschaftsvertrages sollen nicht mehr in das Ermessen der Präskommission gestellt sein, da hierdurch, wie die Erfahrung gelehrt hat, die Gesellschaftler in ganz unerhörter Weise verpflichtet, belastet und entrechtet werden können. Nach wie vor soll jedoch die Präskommission als Schiedsgericht fungieren. Genosse Scherm hat seinen Gesellschaftsvertrag geändert und es sind nun in der Handelsgesellschaft zwei Stellen vakant, weil die Stelle eines anderen in vorigen Jahre ausgetretenen Gesellschafters bis jetzt noch nicht hatte besetzt werden können. Die Kassenabrechnung des Vereins für 1901 ergab 13797,03 Mark Einnahmen und 11266,13 Mark Ausgaben. Der Mitgliederstand ist von 5111 am 1. Januar 1901 auf 4542 gesunken, was aber nicht, wie die gegnerische Presse behauptet, auf die Parteizwiftigkeiten, sondern auf die geschäftliche Krise zurückzuführen ist. Viele von den Abgängigen sind nicht ausgeschieden, sie können nur, da sie arbeitslos sind, ihre Beiträge erst dann bezahlen, wenn sie wieder in Arbeit sind. In den Abrechnungen werden aber nur jene Mitglieder aufgeführt, die ihren Beitrag im Voraus für den laufenden Monat entrichtet haben. Auf diese Weise ist der scheinbare Rückgang zu erklären.

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Ein Revisionsbeamter aus Braunschweig hat festgestellt, daß seit dem Jahre 1893 von der Dristantenkasse in Helmsdorf für über 10000 Mk. Versicherungskonten zu wenig geklebt und daß ein großer Teil der letzteren verchwunden ist. Der Rechnungsführer Brockmann, dem für einen Teil des Fehlbetrages seine Wertpapiere und Möbel gepfändet wurden, ist seines Amtes enthoben worden. Näheres wird die eingeleitete Untersuchung ergeben. — Der Karnevalstrudel hat in Essen ein Opfer gefordert. Der Apotheker Jerßen aus Bismarck belästigte eine Dame, die Kaufmanns Witte zum Bahnhof brachte, Witte verbot sich mehrfach die Belästigung vergeblich und schloß dann mit einem Revolver Jerßen in den Kopf. Dieser war sofort tot. — Der 36 Jahre alte Direktor Schmitz von der Zuckerraffinerie in Löhren, der Dienstag Nachmittag um 2 Uhr in Bettenhausen bei Kassel eingetroffen ist, hat sich in dem Abort der Station erschossen. Schmitz hatte 181 Mk. bei sich. Das Motiv der That ist noch unbekannt. — Bei einer als Falschspiel verurteilten Aufführung in Piefersfelden bei Kassel wurde auf der Bühne mit Schrot geschossen. Dabei trugen fünf oder sechs Personen im Zuschauerraum, auch einige Kinder, nicht unbedeutende Verletzungen davon. — Nach der Königsb. Partangischen

Stg." ist auch in Königsberg eine Zweigniederlassung der Gesundheitsbeter. An der Spitze steht eine Dame aus Ubelstreffen. Die meist aus Damen bestehende Gruppe steht in ständigem Verkehr mit der Berliner Zentrale. Die Seancen werden zur selben Stunde wie dort auf telegraphische Befehlsanweisung abgehalten. — Wie Vemberger Blätter melden, ist der Pfarrer Piechota in Jdrsway nach Ermordung seiner Geliebten Irma Rilos und Verübung mehrerer Verwundungen nach Amerika geflüchtet. — Eine bodenlose Kothheit verübte in Lissabon ein unbekannt gebliebener Mann beim letzten Karnevals-Festzug, indem er Masken, welche lange Härte trugen, diese in Brand setzte. Hierbei verletzten er mehrere Personen schwer, eine Anzahl mußte ins Hospital gebracht werden. Ein Bürger namens Carvalho starb noch in derselben Nacht unter furchtbaren Qualen an den erlittenen Brandwunden. — Bei einem Straßenbau durch das Gotschar-Gebirge verunglückten, wie aus Belgrad (Serbien) gemeldet wird, durch einen Felsensturz über dreißig Arbeiter. Fünfzehn sind tot, die übrigen verwundet. — In dem Dorfe P h e m m s wurden durch Einsturz eines Daches vier arabische Frauen und zwei Kinder getötet. — Vier Fälle von Pestkrankung sind in der Zeit vom 4. bis 10. d. M. in D a g a d a b vorgekommen; zwei Pestkranke sind in der genannten Zeit gestorben.

**Der Fall Dr. Blasius contra Dr. Sprengel.** Die bekannte Beleidigungssache des Vertrauensarztes der Ziegeleiberggenossenschaft, Dr. Blasius - Berlin, gegen den Oberarzt am Herzoglichen Krankenhaus in Braunschweig, Professor Dr. Sprengel, die am 20. Dezember vor dem Schöffengerichte verhandelt wurde und mit der Beurteilung des Professors Sprengel zu 150 Mk. Geldstrafe wegen formaler Beleidigung seines Gegners endete, kam am 10. Febr. vor der Strafkammer des Landgerichts Hannover als Berufungssache in die Verhandlung. Dr. Blasius hatte im vorigen Jahre als Vertrauensarzt der Ziegeleiberggenossenschaft auf Grund eines Gutachtens des Professors Sprengel, aber ohne den Kranken untersucht zu haben (!), die von Professor Sprengel vorgeschlagene Rente von 40 Proz. für zu hoch erachtet, und auf Grund seiner Vorzüge war seitens der Berufsgenossenschaft dann dem Kranken eine Rente von 25 Proz. zugewilligt. Professor Sprengel hatte dieses Verfahren in mehreren an den Vorstand der Berufsgenossenschaft gerichteten Briefen auf das Schärfste gegeißelt. Er hatte, wie er sagte, seinem Prinzip gemäß, namentlich die Herabsetzung der Rente ohne Untersuchung des Kranken auf das Schwerste verdammt und u. A. gesagt, er erblicke in dieser Handlungsweise einen schweren Vertrauensbruch gegen die humanen Pflichten, die ein jeder Arzt mit seinem Berufe auf sich nehme. In diesem System läge ein besonderer Modus zur Herabdrückung der Rente und dieses Verfahren sei im höchsten Grade verwerflich. Das dem Kranken zugesagte Unrecht sei um so bedenklicher, als es sich auf das sogenannte Gutachten eines Vertrauensarztes stütze uhm. Der in der Verhandlung herrschende wissenschaftliche Streit drehte sich, ebenso wie in der ersten Verhandlung, so auch jetzt wieder um die Frage, ob die Abgabe eines ärztlichen Gutachtens ohne vorherige Untersuchung des Kranken üblich ist und ob letztere im vorliegenden Falle erforderlich war. Diese Angelegenheit ist inzwischen auch bereits im Reichstage zur Sprache gebracht, und Prof. Dr. Sprengel hob unter Hinweis hierauf hervor, daß auch Staatssekretär Graf Posadowsky sich in seinem Sinne ausgesprochen habe. — Die Behauptung des Dr. Blasius, daß Dr. Sprengel ihn im vorliegenden Falle persönlich habe treffen wollen, wies dieser mit der Erklärung zurück, daß er lediglich das System der Vertrauensärzte bekämpft habe und noch bekämpfe, und daß er die als scharf bezeichneten Ausdrücke ausreicht erhalte, weil er in anderer Weise seinen Standpunkt gegenüber einem solchen Verfahren nicht zum Ausdruck bringen möchte! Während nun der Vertreter des Klägers für eine höhere Strafe plädierte, spricht das Gericht den Angeklagten ganz frei, indem es das schöffengerichtliche Urtheil aufhebt und der Ansicht des Angeklagten beiträgt, daß die Abgabe eines Gutachtens ohne die Untersuchung eines Patienten nicht richtig sei. Dem Angeklagten steht zweifellos die Wahrnehmung berechtigter Interessen zur Seite und daher konnte von einer Bestrafung keine Rede sein. — Und Dr. Blasius? Bleibt der Vertrauensarzt?

**Eine Panik im Gerichtssaale.** Eine förmliche Panik rief kürzlich ein Buchhändler in Sitzungssaale der

ersten Strafkammer des Berliner Landgerichts hervor. Aus dem Zellengefängnisse war der Arbeiter Hermann Fiebranz vorgeführt worden, gegen den noch eine Klage wegen Diebstahls verhandelt werden sollte. Als er den Anklageraum betreten, und der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Ladmann, ihn befragt hatte, ob er der Arbeiter Fiebranz sei, wurde der Gefragte — wenn es nicht um einen vorher gefakten Plan handelte — plötzlich von einem Wuthausfall ergriffen. Er schrie den Vorsitzenden an: „Du Lump! Du Spießbube! Du kennst mich ja, Du hast mich ja selbst einmal verurtheilt. Ich werfe Dir einen Stahl an den Kopf!“ Und blitzschnell ergriff er dabei einen der im Anklageraum befindlichen Stühle und schleuderte ihn gegen den Vorsitzenden. Einer der Beisitzer versuchte, dem Wurfgeschosse eine andere Richtung zu geben, er packte den Stuhl an einem Bein und erzielte dadurch, daß derselbe an den Richtertisch fiel. Von den Richtern wurde keiner verletzt. Aber eine heillose Verwirrung wurde auf dem Richtertisch angerichtet. Mehrere Tintenfüßer wurden zertrümmert, ihr Inhalt ergoß sich nicht nur über fast sämtliche Richter, sondern auch über die Alten, die auf dem Tisch lagen. Im Nu war der Verbrecher gefesselt und unerschütterlich gemacht. Der Anklageraum wurde geräumt, die Gerichtsbienen suchten vom Altkennmaterial zu retten, was zu retten war, und das Richterkollegium begab sich ins Rathungszimmer, um eine oberflächliche Reinigung vorzunehmen. Als die Verhandlung dann wieder aufgenommen werden konnte, beschloß der Gerichtshof, den Angeklagten, der sich jetzt ruhig verhielt, wieder nach dem Zuchthaus zurückzuführen und ihn dort auf seinen Geisteszustand antersuchen zu lassen.

**Wer zahlt die Kosten?** Bei dem noch in aller Erinnerung stehenden Brunnenunglück zu Grimma im Oktober vorigen Jahres wurde zur Errettung des verschütteten Brunnenbauers Thiele von der Stadt Grimma die Summe von 1501,25 Mk. verausgabt. Zur Bezahlung dieser Summe, mit Ausnahme von 74,50 Mk., welche für die Rettungsmannschaft gespendetes Freibier, Telegramme und Verwendung fanden und durch die Stadtkasse getragen werden sollen, hat sich die Stadtgemeinde an den Vater des damaligen Verschütteten, den Brunnenbauer Thiele sen. in Mulscha als Unternehmer des Hauses gemeldet. Dieser jedoch lehnte jede Bezahlung der entstandenen Kosten ab. Vom Rathe der Stadt wurde auch seitens der Stadtverordneten wurde, nach einer Mittheilung des „Leipziger Tageblattes“, beschlossen gegen Thiele wegen Zahlung der entstandenen Kosten der Klageweg zu beschreiten. In Betracht zu ziehen ist allerdings, daß Thiele sen. sich sofort nach Eintreffen des zur Rettung herzugezogenen Pionierkommandos gegen dessen Verwendung ausgesprochen, jedoch war es Sache der Polizeiverwaltung der Stadt Grimma, damals alles aufzubieten, was zur schleunigen Rettung des Verschütteten dienen konnte.

**Der erste Stand und die Zehrfreiheit der Professoren.** In München trug sich dieser Tage der folgende Fall zu: Der Universitätsprofessor Dr. Rante behandelte in seiner Vorlesung den Unterschied zwischen Mensch und Affe, wobei er in humorvoller Weise auch auf die geschürzten Damen und Offiziere zu sprechen kam. Die in manchenmal übertriebener Weise den Unterschied, der auch in Bezug auf Taille zwischen Mensch und Thier besteht, markirten. Dieser harmlose Scherz veranlaßte eine der Hörer, den Prinzen Georg von Bayern, nach der Vorlesung an den Professor die Frage zu richten, ob er auf seine, des Prinzen, Eigenschaft als Offizier Bedacht genommen habe, und ob er nicht glaube, daß die Bemerkung eine Kränkung der Offiziersstandes involviren könne. Der Gelehrte verneinte dies, erklärte sich aber bereit, einige Worte in diesem Sinne seinen Ausführungen folgen zu lassen, worauf er hervorhob, daß ihm jede Beleidigung des Offiziersstandes natürlich fern gelegen habe. — Es ist im höchsten Grade zu bedauern, daß der Professor vor seinem prinzipialen Hörer bereitwillig Kotau gemacht hat. Er hätte entschieden besser gethan, wenn er seinen Schüler in nicht mißverständlichen Worten auf die Ungehörigkeit seines Vorgehens aufmerksam gemacht hätte. Aber freilich, so ein armer deutscher Universitätsprofessor hat viel Mühe, sich rechtchaffen durch Leben durchzuschängeln.

**Weiteres.** Deutlich. A.: „So, heute Abend hast Du Deine Lehrzeit beendet?“ — Schusterjunge: „Ja, heute Morgen hat mein Meister endlich einmal die letzte Panik an mich angelegt!“

rück und las mit befürztem Blick den Namen „Karl Walter Gerber.“

„Weißt Du, wer das ist?“

Der junge Mann presste ungeduldig die Hand auf das heftig schlagende Herz. „Das war mein Bruder, mein Bruder, der so viel älter war als ich. Ich wußte nicht, daß er hier begraben war, denn meine Schwester erwähnte niemals seinen Namen, und wenn ich nach ihm frag, verwies sie mich weinend zur Ruhe.“

„So weißt Du nicht, woran er gestorben ist?“

„Er ist im Duell gefallen — das ist alles, was ich von seinem Tode weiß.“

„Ja, er ist im Duell gefallen,“ bestätigte der Dunkel mit Ernst in seinen Augen. „Und weißt Du auch, von wessen Hand?“

„Nein.“

„Von wessen?“

„Von der Jhrigen?! — O Gott, Sie —“

„Ich bin kein Mörder, Lohar. Deshalb bist Du mir auch keinen Dank schuldig für das, was ich an Dir gethan, sondern ich erwarte nur meine Pflicht. Ich habe Dir Deinen natürlichen Beschützer, Deinen Erzieher und Pfleger an Vaters und Mutters Statt, geraubt, ich hatte die Verpflichtung, für Dich zu sorgen.“ Die Stimme verlagte ihm einen Augenblick, doch er bezwang sich, und den die Tafel verfallenden Epheu noch weiter beiseite, entblößte er die darauf eingravirte Jahreszahl.

„Es sind seitdem mehr als 15 Jahre vergangen,“ warwette er mit traurigen Blick. „Und er war erst 24 Jahre alt, er konnte noch leben, konnte glücklich sein und nützen, denn er war ein edler, ein tadelloser Mensch. Und nun liegt er hier, eine Blüthe, von welcher Hand in der Poesie geblüht, Lohar, um einer Dagestelle willen, deren blöser Erwähnung der reifere Verstand sich schämt; mit

dem Tode bestraft wie ein Mörder für seine That, die auch der strengste Richter kaum anders als mit einer geringen Geldbuße gefühnt hätte. Und er trug nicht einmal die Schuld!“

Eine Weile stand er still, in schmerzliche Träumereien versunken.

„Sehen wir uns einen Augenblick,“ sagte er dann und setzte sich auf das Grab nieder. Der Student folgte seinem Beispiele.

„Wie alt warst Du, als Dein Bruder fiel?“ forschte der Dunkel.

„Sieben Jahre — ich bin ein nachgeborenes Kind, mein Bruder zählte siebzehn Jahre mehr als ich.“

„Und hat man Dir nichts von den traurigen Umständen seines Todes erzählt?“

„Nein, ich erfuhr mich nur noch der Thatfache selbst.“

„So sollst Du von mir Näheres hören.“

Der Fremde seufzte und wusch einen düsteren Blick um sich her. Der Tag war schön, ein warmer Sonntag mit lichten Azurhimmel, dastigen, weißen, wie zarte Spinnweben sich hie und da ausbreitenden Federwölkchen, hellem, heiterem Sonnenschein.

„Ich war damals ein wilder Dursch“, begann der Andere wehmüthig, ein Kasfigenie — jaß so einer wie Horbach, nur nicht bössartig von Charakter, nur wild, ungefühm, voll thörichtester Borarttheile. Ich kannte Deinen Bruder bis dahin nicht, nicht einmal dem Namen nach, denn in den Hörsälen trafen wir nicht zusammen, er studirte Philologie, ich Jura. In einem Bierdorf, an einem fidelem Sonntagnachmittag, trafen wir zusammen. Dein Bruder saß mit einigen jungen Mädchen, Bürgerstöcktern aus der Stadt im Garten zusammen; wie ich hörte, war diejenige von ihnen, um derenwegen wir in Streit gerietten, die

Ausertorene seines Herzens und er hegte die Absicht, sie mit ihr zu verloben. Sie war ein schönes Mädchen und aus anständiger Familie, aber ein gemüthloser Jug la in ihrem Gesicht, der wenig Aufrichtigkeit und echte Ziel versprach.

Dein Bruder hatte sich für einige Zeit entfernt, um einen Kommissionen zu begleiten, als ich mit einigen Freunden in sehr animirter Stimmung in dem Stabstimmer eintraf — denn glaube mir, der Alkohol ist wie die Ursache so vieler sozialer und moralischer Schäden auch diejenige der meisten Quelle. Die Mädchen gefielen mir, ich wunkte meine Freunden, am selben Tische Platz zu nehmen, und begann sofort, wie wir es damals nannten, Süßholz zu rascheln, auch schienen die jungen Damen mir das gar nicht übel zu vermerken.

Der — vielleicht nur eingebildete — Erfolg ermutigte mich, der Viertelstunde schäumte in mir und nicht spröschlingte ich meinen Arm um eine der Schönen. Sofort er zieht sie sich mir, in demselben Augenblick ruft eine Stimme hinter mir:

„Herr, was unterstehen Sie sich?“

Dein Bruder war zurückgekommen, er hatte meine Hand gesehen.

Ich wandte mich nach ihm um und entgegnete gleichmüthig:

„Haben Sie etwas dagegen?“

„Gewiß.“

„Und warum, wenn ich fragen darf?“

„Weil diese Dame“ — er wollte sagen, „meine Braut ist“, da dieses jedoch nicht der Wahrheit entsprach, so verbesserte er sich rasch und setzte hinzu: „unter meinem Schut steht.“

(Fortsetzung folgt.)